

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 152
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 25. April 1930 Zweite Ausgabe

.....

W I E N E R G E M E I N D E R A E

Sitzung vom 25. April 1930

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. G.R. Angermayer (E.L.) und Kollegen haben folgenden Dränglichkeitsantrag eingebracht: Während der Kriegsjahre wurde im Gebäude der städtischen Knabenvolksschule V., Margaretenstrasse 103, eine Kinderausspeisestelle der amerikanischen Mission errichtet. In den Nachkriegsjahren wurden die Räumlichkeiten, in denen diese Kinderausspeisestelle untergebracht war, von der Wök übernommen. Es ist klar, dass der Bestand eines ausgedehnten öffentlichen Küchenbetriebes zahlreiche Uebelstände für den Schulbetrieb mit sich bringt. Schon vor 8 Uhr früh sind das Stiegenhaus und die Klassenzimmer mit den verschiedensten Küchengerüchen erfüllt, ein Uebelstand, der sich im Verlaufe des Vormittags noch steigert. Da die Küchenräume keinen besonderen Zugang besitzen, so bringt der Verkehr der Lieferanten der Küche zu Beginn des Vormittagsunterrichtes insbesondere aber das Zusammentreffen der zahlreichen Küchenbesucher mit den Schulkindern auch eine grosse Infektionsgefahr für die Schulkinder mit sich. Alle Bemühungen des Ortsschulrates und der Bezirksvorstehung, die Verlegung der Küche aus dem Schulgebäude zu erwirken, waren ergebnislos geblieben. Ueber wiederholte Beschwerden der Elternvereinigung der Schule hat endlich am 30. November 1928 ein Lokalaugenschein stattgefunden, bei dem zur Vermeidung des Zusammentreffens der Küchenbesucher mit den Schulkindern im Schulhause die Schaffung eines eigenen Zuganges für die Küchenbesucher von den Vertretern der Schulverwaltung als Mindestforderung aufgestellt und verschiedene Adaptierungen in den Küchenräumen durch die Küchenbetriebsgesellschaft verlangt wurden. Die Magistratsabteilung 45 hat daraufhin im Dezember desselben Jahres die Leitung der Wök verpflichtet, innerhalb Monatsfrist ein Projekt über die nach dem Ergebnisse des Lokalaugenscheines durchzuführenden Adaptierungen vorzulegen. Da bis Ende Mai 1929 seitens der Küchenbetriebsgesellschaft keine Anstalten getroffen worden waren, die bestehenden Uebelstände zu beseitigen oder doch wenigstens zu mildern, hat sich die Elternvereinigung am 29. Mai 1929 neuerlich an die Magistratsabteilung 45 mit der Bitte gewendet, die endliche Abstellung dieser Misstände zu veranlassen. Auch der über neuerliches wiederholtes Einschreiten der Elternvereinigung von der Magistratsabteilung 45 am 14. Jänner 1930 an die Wök ergangene Auftrag, die beim Lokalaugenschein vom 30. November 1928 von den Schulbehörden erhobenen Forderungen bis Ende Jänner

ds. J. zu erfüllen, hatte bisher keinen Erfolg. Es ist der Gemeinde völlig unwürdig, dem passiven Verhalten der Küchenbetriebsgesellschaft gegenüber behördlichen Äusserungen tatenlos zuzusehen und die die Lernfreudigkeit und Gesundheit der Schulkinder schädigenden Zustände an dieser Schule noch weiter zu dulden. Es wird daher der dringliche Antrag gestellt, den amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe 6 zu beauftragen, ungesäumt alle Verfügungen zu treffen, um die aus dem Bestand und dem Betriebe einer Küche der Wök im städtischen Schulgebäude Margaretenstrasse 103 sich ergebenden schweren Störungen im Unterricht und die damit verbundene Gefährdung der Gesundheit der Schulkinder zu beseitigen.

Die Tagesordnung umfasst 26 Punkte, zu denen 16 Redner gemeldet sind. Eine Reihe von Anträgen wird ohne Debatte beschlossen. So der Neubau von Hauptunrathkanälen und Strassen, Abänderungen des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplanes sowie Baulinienbestimmungen.

St. R. Speiser berichtet über einige Vorlagen, die die Erfüllung von Wünschen einzelner Gruppen von Angestellten der städtischen Hoheitsverwaltung betreffen. Gelegentlich der Zuerkennung des 14. Monatsgehältes an die Angestellten dieser Gruppen mussten die Gruppewünsche zurückgestellt werden. Die Gewerkschaft stellte aber das Ersuchen, wenigstens die allordringendsten dieser Wünsche zu berücksichtigen. Es wurden daher 500.000 Schilling für die Erfüllung von Wünschen einzelner Gruppen der Hoheits- und Schulverwaltung zur Verfügung gestellt. Bei den abgeführten Verhandlungen wurde nun vereinbart, dass die Mindestbezüge der untersten Angestelltenkategorie von 175 auf 181 Schilling erhöht werden. Ebenso wurden die Anfangsbezüge der anderen Bedienstetengruppen erhöht. Eine Anzahl jener Lehrpersonenn und Beamten des mittleren Verwaltungsdienstes, die den Höchstbezug schon erreicht haben, erhalten eine weitere Gehaltsvorrückung. Bei den Kindergartenleiterinnen werden die Zulagen erhöht, bei den Kanzleileitern wird eine Leitungszulage neu eingeführt. Die Beamten der Hoheitsverwaltung mit akademischer Vorbildung erfuhren dadurch eine Förderung, dass in der mittleren Bezugsklasse die Zeitvorrückung um ein Jahr gekürzt wurde. Die Hilfsfürsorgerinnen des Jugendamtes und die Tuberkulosehilfsfürsorgerinnen wurden in ihren Bezügen den Kanzleibeamten und Beamtinnen der Hoheitsverwaltung angeglichen. Die Hilfsfürsorgerinnen erhalten nunmehr den Titel "Fürsorgerin", die Fürsorgerinnen mit Mittelschulbildung erhalten den Titel "Hauptfürsorgerin". Die Zeichner des Bauamtes erhalten den Titel "Beamte des einfachen technischen Dienstes". Auch für die Kanzleibeamten werden einige Titeländerungen vorgenommen. Das Schuhpauschale wird von 25 auf 30 Schilling jährlich erhöht. (Beifall bei der Mehrheit).

.....
Die Delegation des Freistaates Danzig bei Bürgermeister Seitz. Nach der Eröffnung der Ausstellung der Stadt Danzig waren die Delegierten des Freistaates, Senatspräsident Dr. Sahn und Senator Kurowski, Gäste des Bürgermeisters. An dem festlichen Empfang im Rathaus nahmen unter anderen auch die Präsidenten des Nationalrates Dr. Gürtler und Dr. Waber, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die Landtagspräsidenten Dr. Danneberg und Hellmann, in Vertretung des deutschen Gesandten, Botschaftsrat Hoffmann, die amtsführenden Stadträte Breitner, Richter, Speiser und Weber Minister a. D. Dr. Schürff, Minister a. D. Buchinger, der Leiter der Danziger Ausstellung Konsul Dr. Wertheimer, vom Vorstand des deutschen Auslandsinstitutes Dr. Warner und Brückner, Landeshauptmann Stellvertreter Leser, Vizepräsident Dr. Enderes, Präsident Tilgner und Vizepräsident Finzel von der Handelskammer und eine Reihe führender Persönlichkeiten des österreichischen Wirtschaftslebens teil. Der Empfang hat den Danziger Gästen Gelegenheit gegeben, bei den Vertretern der Stadt Wien und der Wirtschaft die herzlichen Beziehungen und das grosse Interesse für die deutsche Bruderstadt bestätigt zu finden.

G. R. Gschladt (E. L.) beschäftigt sich ausführlich mit der Personalverwaltung. Auch das heutige Referat des Personalreferenten ist ein Ausschnitt aus dem System Speiser, ein Teil der Politik der sozialdemokratischen Mehrheit, die sich zu Ungunsten der ganzen Bevölkerung auswirkt. Die derzeitige Personalverwaltung ist charakterisiert durch die Tendenz der Politisierung der Angestellten, durch die Deklassierung der städtischen Angestellten mit dem Ziele der Proletarisierung und durch die bewusste Korrumperung der städtischen Angestelltenschaft. Die Politisierung der Verwaltung ist schon dadurch gegeben, dass die amtsführenden Stadträte als Emmäsäre ihrer Partei hier im Rathaus sitzen, um die Grundsätze des Bolschewismus in der Verwaltung durchzusetzen. Die pragmatische Stellung der Angestelltenschaft wird überall gelockert und der Kollektivvertrag als das Ideal hingestellt. Die Beiträge für den Verband werden von amtswegen abgezogen und die Personalfragen nur mit dem Verband oder den roten Gewerkschaften geführt. Die Präparierung der politisch Unbeugsamen ist auf der Tagesordnung und die wiederholten Zusagen des Stadtrates Speiser, diese Zustände abzuschaffen, wurden bis heute nicht erfüllt. Durch die Vergeschäftlichung der Verwaltung wird der Korruption Tür und Tor geöffnet. Dieses System erzeugt jenen Geist in der Verwaltung, der schliesslich die Rechtsunsicherheit der ganzen Bevölkerung nach sich zieht. Die Bevölkerung ist jedoch schon sehend geworden. Die ungeheuren Verwaltungsstrafen, die Despitualung der Steuerträger, die Protektion bei der Wohnungs- und Lokalzuweisung, alles das sind Wunden am Körper des ganzen Volkes und die

Folgen der Politisierung der Verwaltung. Die Stadträte Weber und Kokrda könnten die Raubwirtschaft an der Bevölkerung nicht führen, wenn nicht Speiser ihnen durch seine Personalpolitik die Möglichkeit dazu geben würde. Alles das hat eine Volksbewegung ausgelöst, die am 6. April ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Da es gegen den Marxismus im Rathaus geht ist es selbstverständlich, dass auch Forderungen aufgestellt wurden, die sich mit der Personalpolitik befassen. GR. Gschladt stellt schliesslich folgende Anträge: Zu allen Verhandlungen des Dienstgebers, lohn- und dienstrechtlicher Natur sind auch die Gewerkschaften der Minderheit gleichberechtigt beizuziehen. Der Abzug der Beiträge für den Verband städtischer Angestellter von ihren Gehaltsbezügen hat vom 1. Juni ds. J. zu unterbleiben. Die Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde ist dahin abzuändern, dass die Mitglieder der Personalkommission aus dem Stande der Angestellten selbst in unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes gewählt werden. Der Magistrat wird beauftragt einen diesbezüglichen Entwurf im Einvernehmen mit allen Gewerkschaften der Gemeindeangestellten auszuarbeiten und ehestens dem Gemeinderat vorzulegen. Die Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Gemeinden Wien ist auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Die Verhandlungen über die neuen Satzungen sind mit allen Gewerkschaften zu führen. Der Vorstand der Anstalt ist durch geheime Urwahl aller Angestellten und Bediensteten nach dem Verhältniswahlrecht zu bilden. Durch diese Anträge werde der Mehrheit vielleicht die letzte Gelegenheit gegeben, sich friedlich mit diesen Angelegenheiten zu befassen. Die Mehrheit möge den Ernst der Stunde nicht verkennen. GR. Gschladt befasst sich sodann insbesondere mit den Anträgen, die das Kontrollamt betreffen, und wendet sich dagegen, dass, während den übrigen Angestellten etwas gegeben werde, den Kontrollamtsangestellten etwas genommen werden soll. Die Verfügung bezüglich Einschränkung der Leitungszulagen an die Kontrollamtsangestellten dürfte keinesfalls von heute auf morgen getroffen werden, er beantragt, diese Verfügung erst ab 1. Juli 1930 in Kraft treten zu lassen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

GRtin. Schlösinger (E.L.) befasst sich mit dem Antrag auf Abänderung des Dienstrechtes der Fürsorgerinnen des Jugendamtes. Sie erinnert daran, dass im Jahre 1926 die Ständegruppe der Hilfsfürsorgerinnen geschaffen wurde, für welche als Vorbildung nur die Absolvierung der Bürgerschule gefordert wird. Damit wurde ein ^{Trupp} unqualifizierter billiger Fürsorgerinnen eingestellt. Wir wünschen, dass jede Fürsorgerin, wie die Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen eine besondere Fachausbildung mitbringen. Der Gemeinderat hat sich schon mit einer Reihe trauriger Fälle beschäftigen müssen, zum Beispiel mit dem Fall Stodolak, die darauf

zurückzuführen sind, dass zu wenig geschultes Personal verwendet wird. Besondere Wichtigkeit kommt dem Recherchendienst der Fürsorgerinnen zu für den aber pädagogische und fürsorgerische Vorbildung nicht zu entbehren ist. In Deutschland muss die Wohlfahrtspflegerin 20 Jahre alt sein, eine zweijährige Schule für das Wohlfahrtswesen mitmachen und drei Jahre in der Praxis stehen, ehe ihr der Titel Wohlfahrtspflegerin erteilt wird. In N.O. wird ausser der Absolvierung der Hauptschule eine mindestens zweijährige Vorbildung und eine mindeste ^{-ns} zweijährige Fürsorgerinnenschule verlangt. Sie beantragt eine Abänderung der Vorlage in dem Sinn, dass für die Aufnahme als Fürsorgerin die Zurücklegung des zweijährigen theoretisch praktischen Fürsorgerinnenkurses an der städtischen Akademie für soziale Verwaltung oder einer zweijährigen Fürsorgerinnenschule mit Öffentlichkeitsrecht zu fordern ist. Sie beklagt sich ferner über die schlechten Weiterbildungsmöglichkeiten der Hilfsfürsorgerinnen und verlangt, dass auch den Frauen leitende Stellungen im Fürsorgewesen eröffnet werden. Ferber fordert sie dass solche städtischen Fürsorgerinnen, denen auf Grund von Stipendien aus einem englischen Fonds ~~hinmümm~~ zur Förderung des Fürsorgewesens die Fortbildung in Deutschland ermöglicht werden soll, zu diesem Zweck auch ein Studiumurlaub erteilt werde. Schliesslich befasst sich GRTin Schlösinger mit dem Hortwesen und führt Beschwerde darüber, dass eine grosse Zahl von Horterziehern und Erzieherin nur nebenamtlich beschäftigt und dass sehr viele unqualifizierte Kräfte eingestellt sind. Auch dieser Beruf müsste bald pragmatisiert werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Speiser erwidert in seinem Schlusswort zunächst auf die Ausführungen der GRTin Schlösinger, indem er bemerkt, dass die Ausbildung der Hilfsfürsorgerinnen dadurch gefördert wird, dass ihnen in den ersten Jahren der Praxis der Besuch der sozialen Akademie auf Kosten der Gemeinde während ihrer Dienstzeit ermöglicht wird. Dieser Weg musste gegangen werden, da eine nicht genügende Anzahl von Absolventinnen dieser Akademie zur Verfügung steht. Aus diesem Grunde kann auch der Antrag Schlösinger zur Annahme nicht empfohlen werden. Zu den Ausführungen des GR. Schladt bemerkt St. R. Speiser, dass die von diesem Redner vorgebrachten Argumente von A bis Z unrichtig sind. Unter Namhaftmachung der betreffenden Personen und auf Grund von Zusammenstellungen wurde wiederholt im Gemeinderat nachgewiesen, dass sich das Personalreferat bemüht den ~~Angestellten~~ ^{Angestellten} ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung das zu gewähren, was ihnen gebührt. Ein Gegenbeweis ist jeder heute noch sonst irgendeinmal erbracht worden (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit. - lebhafter Widerspruch bei der E.L. - Dr. Kolassa : Er ist schon oft erbracht worden, Aber das anerkennen Sie nicht) Es wird auch immer das System der amtsführenden Stadträte kritisiert

Auch die Minderheit könnte sich in der heutigen Zeit der Demokratie nicht auf die blosse Beamtenherrschaft stützen und auch Sie haben überall dort wo Sie herrschen das System, das auch im Wiener Rathaus besteht, das System der ministerialen Verwaltung beibehalten. Gegenüber der Bemerkung des GR. Gschladt, dass der Magistratsdirektor sich einmal als dem politischen Büttel der Mehrheit bezeichnet habe, kann ich auf Grund einer Rücksprache mit dem Magistratsdirektor ^{mitteilen} dass es dem Magistratsdirektor niemals auch nur im geringsten eingefallen ist, eine solche oder eine ähnliche Äusserung zu machen (GR. Gschladt: Soll ich die Zeugen bringen?) Bringen Sie endlich einmal Zeugen für solche Behauptungen! Was ferner den Abzug von Gewerkschaftsbeiträgen in öffentlichen Aemtern betrifft so ist das keine Erfindung unserer Verwaltung, diese Form der Entrichtung besteht in einer ganzen Reihe anderer öffentlicher Körperschaften wo die Beiträge für alle Gewerkschaften abgezogen werden. Das ist zum Beispiel in der niederösterreichischen Landesverwaltung bei einer grossen Anzahl n.ö. Gemeinden, beim Stadtmagistrat Salzburg usw. der Fall. Der Referent verweist sodann darauf, dass die Verwaltung alles getan habe, um die Proletarisierung der Angestellten zu verhindern. Mit besonderem Nachdruck erklärt S. R. Speiser, dass die übertriebenen ^{gen über die angebliche} Mitteilun-/Korrumpierung der städtischen Angestelltenschaft ihrem Ansehen schweren Schaden bringen könne. Ich muss dagegen protestieren, um das Ansehen unserer Beamtschaft zu schützen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Ich habe mich während meiner ganzen Amtstätigkeit bemüht, beruhigend, versöhnend und ausgleichend zu wirken. Ich erkläre hier, dass diese Worte keine pharisäischen Äusserungen, sondern der Ausdruck der durch meine Tätigkeit gereiften Überzeugung sind. Ich kann nicht verhindern, dass diese Äusserungen bespöttelt oder verachtet werden, ich werde mich aber trotzdem bemühen, mir wenigstens das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses weiter zu erhalten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Die Referentenanträge werden angenommen, die Anträge Schönsinger und Gschladt abgelehnt und der Resolutionsantrag Gschladt der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Nun berichtet GR. Bermann über den Rechenschaftsbericht und die Bilanz für das Jahr 1929 der städtischen Versicherungsgesellschaft. Wie in den letzten Jahren, ist auch in diesem Jahr eine weitere Fortentwicklung des Institutes zu verzeichnen. Die Anstalt ist ihrer Bestimmung, ein gemeinnütziges Institut zu sein, immer treu geblieben. Der Direktion sowie allen Angestellten gebühre für ihre ausgezeichnete Tätigkeit bester Dank. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Angermayer (E. L.) erklärt, dass im Gegensatz zu früher jetzt die Elementarversicherung an erster Stelle und dann erst die Lebensversicherung betrie-

wird. Das kommt daher, weil das Elementargeschäft lukrativer ist und sich darin der parteipolitische Einfluss besser auswirken kann. Der Redner kritisiert, dass man bei der städtischen Versicherungsanstalt von einer vernünftigen Rationalisierung nicht mehr sprechen kann. Was dort gemacht wird, ist schon Mechanisierung und es sei dringend zu wünschen, wenigstens für die Zeit der schwersten Arbeitslosigkeit bei der städtischen Versicherungsanstalt weniger Maschinen, aber mehr Angestellte einzustellen. Ich verlange auch einen genauen Ausweis über die Post Inscrates die ein Reptilienfonds zu sein scheint. Es wäre höchste Zeit, bekanntzugeben, welche Zeitungen und Blätter Inscrates erhalten. Auf die einzelnen Posten übergehend, erklärt GR. Angermayer, dass die Bilanz über die Lebensversicherung verschleiert ist. Es wird dort ein Ueberschuss ausgewiesen, der gar nicht besteht, denn die Lebensversicherung ist passiv. Der Redner kritisiert, dass ein Darlehen an die technische Union von 200.000 Schilling gegeben wurde, das unter der Post Darlehen an Genossenschaften aufscheint, obwohl die Technische Union eine Gewerkschaft und keine Genossenschaft ist. Redner bespricht sodann den Ankauf eines Hauses auf dem Schwarzenbergplatz, das dem Herrn Castiglioni gehört hat. Es ist bezeichnend für die Sozialdemokraten, dass hier besonders hervorgehoben wird, dieser Hausankauf sei eine rentable Kapitalanlage. Erst hat man es als recht und billig bezeichnet, dass den Hausbesitzern, den "Zinsgeiern" die Häuser um ein Pappenstiel abgenommen wird, jetzt macht die Gemeinde Wien selbst als Zinsgeier durch einen so rentablen Hauskauf ihren Profit. In diesem Falle dürfte man sich aber im Bezug auf die Rentabilität des Hauses doch geirrt haben, denn neben den drei dem Ausschuss bekanntgegebenen Schätzungen liegt auch noch eine Schätzung vor, die bloss auf 2'8 Millionen lautet (Hört! hört! bei der Minderheit, da eine ganze Reihe von Räumen in diesem Hause nicht mieterschutzfrei sein soll. Auch so es Verträge mit einzelnen Mietern geben, die höhere Mietzinse nur unter der Bedingung zu zahlen übernommen haben, dass Herr Castiglioni ihnen Begünstigungen bei Lieferungen und dergleichen zugesichert hat. Hat die Gemeinde etwa ähnliche Bindungen übernommen? Auch soll ein niedrigesres Angebot um den Preis von bloss 3'6 Millionen vorgelegen sein. Warum hat die Versicherungsanstalt dieses Anbot nicht angenommen? Aus der Klagebeantwortung der Direktion in einem Prozess, ~~der~~ der um eine Agenturprovision wegen dieses Hauses geführt wird erfährt man auch, dass ursprünglich überhaupt nicht daran gedacht war, dieses Haus zu kaufen. Dass dieser Hausankauf vielmehr erst zustande kam, als der Finanzreferent den Direktor der städtischen Versicherungsanstalt kommen liess und ihm den Hauskauf als eine gute Kapitalanlage geradezu empfohlen hat. (Hört! Hört bei der E.L.)

Diese Vorsprache des Finanzreferenten erfolgte, nach dem Herr Castigliani bei Städttrat Breitner war umder Gemeinde das Haus zum Kauf angeboten hat. (Hört!Hört! bei der E.L.) Dem Herrn Castiglioni ist auch nichts abgehandelt worden. Er hat die 4'2 Millionen, die er verlangt hat, auch bekommen. Wir fragen den Referenten, ob alles das richtig ist. Weiters fragen wir ihn, ob alle Vorsorgen getroffen worden sind, dass die Gemeinde die ihr gebührende Wertzuwahhs abgabe in vollem Ausmasse erhält und dass nicht etwa Aufwendungen von Investitionen, die in sehr hohem Ausmass von den Mietern gemacht worden sind, von dem Kaufschilling abgezogen werden. Alle die Pikanterien die ^{mit diesem} Hauskauf verknüpft sind, müssen im Interesse der städtischen Versicherungsanstalt so rasch wie möglich geklärt werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Bermann bemerkt in seinem Schlusswort, dem GR. Angermayer sei es gelungen, diese, ganz nüchterne geschäftliche Angelegenheit politisch aufzuzäumen. Bei dem Hausankauf handelt es sich um gar nichts Mysteriöses, sondern um eine ganz einfache Sache. Das Haus wurde der städtischen Versicherungsanstalt vor etwa zwei Jahren zum erstenmal offeriert und auch später ist einmal dem Direktor der Anstalt mitgeteilt worden, dass das Haus zu kaufen wäre. In beiden Fällen konnte dies aber nicht geschehen, weil der Anstalt flüssige Mittel nicht zur Verfügung standen. Dass die Anstalt auf die Möglichkeit des Hauskaufs aufmerksam gemacht wurde, ist richtig, von wem, ist ganz gleichgültig, die Frage ist lediglich, ob beim Hausankauf rationell vorgegangen ist, wie dies die Statuten der Anstalt vorschreiben. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass alle Versicherungsgesellschaften einen Teil ihres Vermögens in Realitäten anlegen. So hat zum Beispiel der Phönix im vorigen Jahr ¹⁰⁰ Häuser gekauft, die städtische Anstalt besitzt ^{en} nur drei. Die Frage ob es sich hier um eine rationelle Anlage handelt, muss bejaht werden. Der Kaufpreis beträgt 4'2 Millionen, der Zinsertrag gegenwärtig 210.000 Schilling im August werden sich auf Grund der Bestimmungen des Mietengesetzes bei einer Reihe von Mieten Steigerungen ergeben, ^{die} eine Verzinsung von fünf dreiviertel Prozent bringen werden (Lebhaftes Hört! Hörtrufe und lebhaftes Zwischenrufe bei der E.L.--. ZRhlreiche Rufe: Da passt Ihnen das Mietengesetz! GR. Ellend: Da sind Sie auf einmal Zinsgeier! GR. Daffinger: Da ist Ihnen das Mietengesetz recht!) Die städtische Versicherungsanstalt ist kein politisches, sondern ein geschäftliches Unternehmen und sie hat daher die Pflicht ihre Kapitalkien in der möglichst günstigen Form anzulegen. Da die Verzinsung eine günstige ist, hatten wir nicht zu fragen, wer der Besitzer ist und wer den Kauf angeregt hat. Die beiden Schätzungen, die unabhängig voneinander vorgenommen wurden, lauteten etwas höher als 4'2 Millionen. Was das niedrigere Angebot anlangt, so verhält sich die Sache

folgendermassen. Castiglioni war zu 100 Prozent Besitzer der Aktien der Wr. Neustädter Flugzeugfabrik und diese war wieder zu 100 Prozent Besitzerin der Aktien der Industriebürogesellschaft und uns wurde zugemutet die Aktien der beiden Unternehmungen anzukaufen, damit nicht die städtische Versicherungsanstalt Eigentümerin des Hauses wird sondern die Büroindustriegesellschaft Eigentümerin bleibt zu dem Zweck um die Wertzuwachsabgabe zu ersparen. Um diese 15 Prozent sollte in diesem Fall der Kaufpreis geringer sein. Wir haben uns selbstverständlich nicht dazu hergegeben. Die Verträge mit den Mietern wurden genau geprüft und sie enthalten keinerlei Verpflichtungen der Art gegenüber den Besitzern, wie dies GR. Angermayer dargestellt hat. Die als Wertzuwachssteuer in Betracht kommenden Beträge wurden nachdem die Finanzabteilung der Gemeinde die Sache genau geprüft hat von dem Kaufpreis zurückgehalten. Dass dieser Hausankauf irgendwie politischen Zwecken dient ist absolut unrichtig. Die Elementarversicherung ist von der Anstalt nicht aus politischen Gesichtspunkten übernommen, vielmehr ist nach der Trennung Wiens von Niederösterreich ein entsprechender Teil des Versicherungsstocks der niederösterreichischen Elementarversicherung an die Wiener Anstalt übergeben worden. In allen anderen Ländern wird durch das Land selbst ebenfalls die Elementarversicherung geführt. Kredite sind nicht der technischen Union eingeräumt worden, sondern einer von dieser gegründeten Kreditgenossenschaft, die den Zweck hat, Bundesangestellten Darlehen zu gewähren welche durch Polizzen sichergestellt werden. Dieses Geschäft wird von allen anderen Versicherungsgesellschaften gepflegt und es ist in diesem Falle auch wie dies die Statuten vorschreiben, vom Bundeskanzleramt die Genehmigung erteilt worden, ja die Bundesverwaltung zieht den Beamten welche Darlehen von der Genossenschaft in Anspruch nehmen auch die rückzuzahlenden Beträge von ihren Monatsbezügen ab. Dass wir rationalisiert haben, ist richtig. Nur ist die Rationalisierung bei uns nicht wie in den Privatbetrieben mit einem Beamtenabbau verbunden vielmehr wurden entsprechend der Erweiterung des Geschäftes der Anstalt im Jahre 1928-42 und im Jahre 1929 21 Angestellte neu aufgenommen. Schliesslich wendet sich GR. Bermann gegen die Behauptung des GR. Angermayer, dass die Bilanz der Anstalt unrichtig sei und gegendessen Behauptungen von einem Reptilienfonds. Nicht nur sozialdemokratischen sondern auch christlichsozialen und grossdeutschen Zeitungen wie der Reichspost, dem Weltblatt und den Wr. Neuesten Nachrichten werden Inserate gegeben und nicht zumindest dieser Propagandatätigkeit ist der grossartige Aufschwung der Anstalt zu danken. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

St. R. Weber referiert über die Ausführung des Wohnhausbaues XII. m

Fockygasse 53 (Kosten Schilling 825.000)

GR. Müller (E.L.) wünscht, dass die dem Gemeinderat vorgelegten Anträge auf Wohnhausbauten genau detailliert werden und dass sie namentlich auch die Zahl der Wohnungen enthalten. Er wendet sich sodann dagegen, dass in einem Hause mit 50 Wohnungen 10 Ledigzimmer gebaut werden. In erster Linie sollten Wohnungen für Familien hergestellt werden.

St. R. Weber bemerkt hinzu, dass selbstverständlich auch wo Räume für Ledige gebaut werden, in erster Linie Ehepaare berücksichtigt werden.

GR. Rausnitz (soz. dem.) berichtet über folgenden Antrag: In Durchführung des 30.000 Wohnungen umfassenden Wohnbauprogrammes 1928 bis 1932 ist auf der IV Schelleingasse gelegenen städtischen Liegenschaft ein Volkswohnhausbau zu errichten, der mindestens 70 Wohnräume zu enthalten hat. Insoweit die Kosten der Herstellung dieses Volkswohnhausbaues nicht bereits im Voranschlag des Jahres 1930 bedeckt sind, ist für ihre Deckung im Voranschlag für das Jahr 1930 Vorsorge zu treffen. Der Referent bemerkt hinzu, auf dem Gelände befindet sich eine Baulichkeit, die verpachtet ist um das Gelände freizubekommen werde vielleicht eine Kündigung des Pächters notwendig sein. Diese Kündigung ist nach dem Mietengesetz unter anderem dann möglich, wenn an Stelle des abgebrochenen Gebäudes ein Wohnhaus mit mehr Wohnungen errichtet werden soll. In dem derzeitigen Bau ist nur ein ganz kleiner Betrieb untergebracht, während nun mindestens ein Wohnhausbau mit 70 Wohnungen errichtet werden soll. Da diese Baulichkeit im Voranschlag des Jahres 1930 nicht inbegriffen ist wird beantragt, im Voranschlag 1931 die Vorsorge für die Bedeckung zu treffen.

St. R. Kunschak (E.L.) führt zunächst Beschwerde darüber, dass ^{dissem} /Referat, das auf der Tagesordnung der letzten Sitzung gestanden war 8 neue Referate vorgeschoben werden sowie darüber, dass in der heutigen Sitzung vom Vorsitzenden eigenmächtig von der Reihenfolge der zur Verhandlung stehenden Gegenstände abgegangen wurde, ohne mit ihm, dem Obmann des christlich-sozialen Klubs ein Einvernehmen zu pflegen. Was den vorliegenden Antrag selbst betrifft, so handelt es sich um eine sehr mysteriöse Sache. Es liegt weder ein Projekt noch ein Kostenveranschlag vor. Erst wenn die Kosten bekannt wären, könnte man feststellen, ob der Kredit noch im Jahre 1930 untergebracht werden kann oder nicht. Will man etwa durch eine solche Art der Antragstellung für die Zukunft Präjudizien schaffen? Der Antrag spricht ferner von dem Wohnbauprogramm, dass die Schaffung von jährlich 6000 Wohnungen vorsieht. Fällt dieses Projekt unter die 6000 Wohnungen? Die Antragstellung ist auch sonst schluderhaft und unzuverlässig. In dem Antrag fehlt der erste Satz des Ausschussbeschlusses vom 1. April 1930

und der Beschluss vom 28. Jänner 1930, auf den sich dieser erste Satz bezieht ist im Protokoll der betreffenden Sitzung überhaupt nicht enthalten. Das Referat müsste eigentlich zurückgenommen und die Angelegenheit klargestellt werden. Die Mehrheit spricht immer soviel davon, dass man alles tun müsse, um Arbeit zu schaffen. Nun wurden seit dem 22. November 1929 Projekte und Kredite für Wohnhausbauten mit einem Kostenaufwand von über 41 Millionen Schilling genehmigt und bis vor 14 Tagen war von allen diesen Bauten nichts zusehen. Wie kann eine Gemeinde, die ihre eigenen Bauten nicht ausführt die Anklage erheben, dass die Arbeitslosigkeit sich deshalb nicht verringert, weil der Bund die Projekte der Gemeinde nicht genehmigt. Der Bund hat in dieser Angelegenheit sehr fix gearbeitet. Das Statut der Landeshypothekenanstalt ist am 23. April von der Landesregierung behandelt worden. In dieser Sitzung wurden die von der Bundesregierung gewünschten Änderungen genehmigt. Und heute wurden im Kuratorium der Wohnbauförderung einige Projekte der Gemeinde Wien erledigt. Es gehört also schon eine gewisse Courage dazu, in voller Kenntnis dieser Tatsachen Angriffe gegen die Bundesverwaltung zu führen. Insofern es sich also um die Verantwortung für einen zu langsamen Abbau der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe handelt, so muss diese von Ihnen getragen werden. Der Redner bespricht sodann die Sachkredite für die städtischen Wohnhausbauten. Im Ausschuss wurde für eine Reihe von Wohnhausbauten eine Sachkrediterhöhung von 591.000 Schilling genehmigt. In Wirklichkeit sind das Zusatzkredite zu den einzelnen Bauten. Sie müssten einzeln angesprochen werden und dieser Ansprecher müsste eine teilweise Abrechnung der Bauten vorausgehen. Diese Sachkrediterhöhung von 591.000 Schilling gehört natürlich in den Gemeinderat, denn dieser muss sie genehmigen. Jeder einzelne Bau hat sein Erfordernis und wenn dieses in der Höhe von über 50.000 Schilling überschritten wird, müssen sie damit in den Gemeinderat kommen. Sie wollen aber die Dinge sozusagen camera caritatis erledigen, ohne dass der Gemeinderat davon eine Ahnung hat. Wir erwarten, dass wir dieses Referat im Finanzausschuss bekommen und werden die Vorlage auch im Stadtsenat zur Verhandlung verlangen. GR. Kunschak kritisiert sodann, dass auf den städtischen Wohnhausbauten noch immer die Inschrift angebracht wird: Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer, obwohl für diese Wohnhausbauten der grösste Teil der laufenden Steuern aufgewendet wird. Er wendet sich dagegen, dass die Eröffnungen der städtischen Wohnhausbauten zu Feierlichkeiten der sozialdemokratischen Partei verwandelt werden. Diese Eröffnungen sind schon deswegen eine Farce, weil die Wohnbauten schon längst besiedelt sind. Der Bürgermeister hat nun eine Freude an solchen Festlichkeiten, nur bitten wir ihn, sie zeitgerecht zu veranlassen. In letzter Zeit hat der Bürgermeister selbst dazu

beigetragen, dass diese Festlichkeiten eine politische Feierlichkeit werden. Wir müssen daher den Herrn Bürgermeister daran erinnern, dass er bei solchen Anlässen Bürgermeister der Stadt Wien und nicht Bürgermeister einer Partei ist. Die ganze Bevölkerung ist an den städtischen Wohnhausbauten mit ihren Leistungen beteiligt, weshalb der Bürgermeister bei den Eröffnungsfeierlichkeiten als Amtsperson aufzutreten hat. Er muss daher wissen, wie weit er in dieser Eigenschaft gehen darf. Bei den letzten Wohnhauseröffnungen hat der Herr Bürgermeister politische Reden gehalten und gegen die Veranstaltung am 6. April polemisiert. Diese Veranstaltung war eine Kundgebung, der die realen Grundlagen nicht fehlen. Wenn Menschen sich zusammenfinden, um gegen den Steuerdruck Stellung zu nehmen, so haben sie ein Recht darauf, dass der Bürgermeister einer solchen Kundgebung mit gebührender Achtung gegenübertritt. Der Herr Bürgermeister hat es abgelehnt, eine Deputation zu empfangen. Der Herr Bürgermeister soll nicht den Gekränkten spielen, weil es vielleicht in vorhergegangenen Versammlungen ein wenig laut zugegangen ist. Die Regierung wurde wiederholt gemein beschimpft, aber jede Regierung hat die zu ihr entsendeten Abordnungen empfangen. Der Herr Bürgermeister ist aber sehr sensitiv geworden und seine ganze Pensionatsbildung entsetzt sich jetzt an kräftigen Worten. Wir verwahren uns auf das entschiedenste gegen dieses Auftreten des Bürgermeisters in amtlicher Stellung und auch dagegen, dass Menschen vom Bürgermeister beschimpft werden, die in Form einer Kundgebung ihrem Leiden Ausdruck geben. Wir wenden uns schliesslich dagegen, dass die Wohnhauseröffnungen zu Tummelplätzen sozialdemokratischer Exzesse und dazu noch unter Mitwirkung des Bürgermeisters herabgewürdigt werden. (Lobhafter, langanhaltender Beifall bei der Minderheit).

275

Bürgermeister Seitz erwidert nun auf die Ausführungen des GR. Kunschak. Er klärt zunächst die Frage der Nachtragskredite auf und reflektiert sodann auf die Bemerkungen des GR. Kunschak bezüglich seiner letzten Reden anlässlich der Eröffnung von städtischen Wohnhausbauten. GR. Kunschak hat verlangt, dass sich Wahlbeamte bei ihren offiziellen Reden parteipolitischer Erörterungen enthalten sollen. Diese Anregung ist sehr zu begrüßen und es wäre wirklich im Interesse ^{des} ganzen öffentlichen Lebens gelegen, wenn sich alle Wahlbeamten an diesen Grundsatz hielten. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Genossenschaften, die ja Zwangsorganisationen sind. Die Genossenschaftsvorsteher müssten sich daher auch jeder parteipolitischen Kundgebung enthalten. Wenn sie es nicht machen, missbrauchen sie ihre Stellung, die sie von der Allgemeinheit erhalten haben. In der Zeit des Antiterrorgesetzes hat aber ein Wahlbeamter seine Stellung als Vorgesetzter dazu ausgenützt und seinen Einfluss dahin ausgeübt, dass er durch einen Erlass den Lehrern verboten hat, ein bestimmtes Lied, das einseitig religiös ist, zu singen, nämlich das Kernstocklied, das ein christlichsoziales Lied ist (Lebhafte Zwischenrufe und Lärm bei der Minderheit). Von demselben Minister wurde auch den Lehrern verboten, bei offiziellen Anlässen das Deutschlandlied zu singen (Rufe bei der Minderheit: Eine solche Komödie!) Die alte Haydnhymne, die jeder Deutsche als das sogenannte Deutschlandlied singt hat vor dem Unterrichtsminister keine Gnade gefunden (Lärm bei der Minderheit). Er ist in seinem Erlass soweit gegangen, dass er anordnete, dass bei jeder Festlichkeit ausschliesslich nur das Lied Kernstocks zu singen ist (Zwischenrufe bei der Minderheit - GR. Dr. Wagner: Das ist nicht wahr!) Solche Dinge geschehen unter dem Zeichen des Antiterrorgesetzes. Das Kernstocklied ist jetzt plötzlich die Bundeshymne geworden. Wo ist das Gesetz, das dieses Lied zur Bundeshymne bestimmt. (Lebhafte Zwischenrufe und Lärm bei der Minderheit - GR. Zimmerl: Sie werden sogar den Hut abnehmen müssen - Rufe bei der Minderheit! Sie werden das Lied ertragen müssen.) Ja, wir werden das Lied ertragen, wenn es verfassungsgemäss zur Bundeshymne erhoben wird und ich werde Sie zu dem taktischen Erfolg beglückwünschen, wenn Sie dazu eine Mehrheit finden. Solange aber kein Gesetz dieses Lied zur Bundeshymne bestimmt, ist es für uns gerade soviel wert wie sein poetischer Wert. Ich glaube, dass es besser wäre, wenn sich die öffentliche Verwaltung derartiger politischer Terrorakte enthielte. Meine von Herrn GR. Kunschak bemängelte Rede trug keinen parteipolitischen Charakter. Ich habe dabei auf die Auferstehungsprozession verwiesen, was jedoch keine Beleidigung ist, da sie die öffentliche Kundgebung eines Glaubensbekenntnisses ist, eine Demonstration, indem das katholische Volk für seinen Glauben demonstriert.

Herr GR. Kunschak hat auch geklagt, dass ich eine Deputation, die von den Demonstranten am 6. April zu mir entsendet wurde, nicht empfangen habe. Es ist falsch, dass ich dadurch die Genossenschaften beleidigt habe. Ich respektiere jede freie Meinung, solange sie sich in den notwendigen gesellschaftlichen Formen bewegt. Die Kundgebung hat daher auch bei mir die gebührende Achtung empfangen. Die Abordnung wurde nicht empfangen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.- Protest- und stürmische Entrüstungsrufe bei der Minderheit.- Lärm). Darin liegt jedoch keine Beleidigung der Genossenschaften, denn ich stelle fest, dass sich keine einzige Genossenschaft mit jenen Ausdrücken und Äusserungen identifiziert hat, die von den Führern der Kundgebung gebraucht worden sind (Protestrufe bei der Minderheit.- andauernder Lärm). Es gibt keine Genossenschaft in Wien, die nicht von mir empfangen worden wäre und wenn GR. Kunschak eine weiss, dann möge er sie mir nennen. Wir werden es nicht dulden, dass Sie einzelne Ihrer Parteigänger weil sie zufällig Funktionäre einer Genossenschaft sind, ermächtigen, sich als Genossenschaft zu bezeichnen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.- Lachen und Widerspruch bei der Minderheit). Ich habe amtlich festgestellt, dass keine einzige Genossenschaft den Beschluss gefasst hat, dass ihre Organe sich in solchen Ausdrücken, wie sie die Führer der Demonstration gebraucht haben, ergehen und es liegt kein Genossenschaftsbeschluss vor, auf Grund dessen man an mich herangetreten wäre, die Genossenschaft zu empfangen. In dem offiziellen Organ der christlichsozialen Partei, in der Reichspost, war zu lesen, dass einer der Führer dieser Demonstration, ich will den Namen nicht nennen (Stürmische Rufe bei der Mehrheit: Pfui Zimmerl!) die Majorität des Wiener Gemeinderates, die von fast zwei Dritteln der Wiener Bevölkerung gewählt ist, als Gesindel bezeichnet hat (Stürmische Pfuirufe bei der Mehrheit). Dieser Ausdruck ist bis heute nicht dementiert worden. Dass nichtsdestoweniger derselbe Herr als Präsident einer Körperschaft fungiert, deren Mehrheit er als Gesindel bezeichnet hat, überlasse ich der Partei, die ihn bestellt hat. Dieselben Leute haben erklärt, sie werden den Bürgermeister und die Stadträte wegzagen und, wenn man ihren Willen nicht erfüllt, auch zu verfassungswidrigen Mitteln greifen (Lebhafte Hör-Hörtrufe bei der Mehrheit.- Stürmische Zwischenrufe bei der Minderheit: Was war am 15. Juli?) Ich werde, solange diese Aussprüche in dem offiziellen Blatt der christlichsozialen Partei nicht widerrufen sind, eine solche Deputation nicht empfangen (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Ich glaube dabei nicht nur das Beifalls meiner eigenen Genüßungsgenossen sondern auch des Beifalls vieler Christlichsozialer und vieler anständiger Menschen in Wien sicher zu sein (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Ein Bürgermeister welcher Partei er immer angehört, würde seine eigene Würde und die Würde des Oberhauptes der Stadt verletzen, wenn er eine solche Deputation empfangt (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Dieses Schriftstück haben auch eine Anzahl Mitglieder des Wiener Gemeinderates gezeichnet. Es ist nicht einzusehen, warum diese Herren ihre Wünsche in einer so ausserordentlichen Form und nicht in der üblichen Form von Anträgen im Landtag oder Gemeinderat zum Ausdruck bringen. Wenn also vom Gemeinderat Kunschak - und ich betone ausdrücklich, dass ich diese Antwort ihm gegeben - angedeutet worden ist, ich möge mich über diese Forderungen äussern, so kann ich nur sagen; Ich überlasse es jedem Mitglied des Gemeinderates und des Landtages, seine Anregungen vorzubringen und ich werde mich dazu äussern, wenn sie in der verfassungsmässigen Form auf den Tisch des Hauses gelegt werden. Aber Leute, die die Majorität des Wiener Gemeinderates als Gesindel bezeichnen, werden von mir keine Antwort bekommen (Stürmischer Beifall und Händeklatschen und laute Braverufe bei der Mehrheit.- Lebhaftes Zwischenrufe bei der Minderheit.- Dr. Kolassa: Am 15. Juli 1927 waren Sie nicht so feinfühlernd! Da haben Sie andere Forderungen gestellt

Vorsitzender Hofbauer äusserst sein lobhaftes Bedauern darüber, dass der Bürgermeister in seiner Rede wiederholt durch Zwischenrufe unterbrochen wurde, obwohl der Vorsitzende sich bemüht hat, Ruhe zu schaffen. Solche Vorkommnisse müssen als ungebührlich bezeichnet werden. Vorsitz. Hofbauer ruft sodann die GR. Daffinger, Freyer und Dr. Heng. l. wegen der Zwischenrufe, die er von diesen Rednern während der Rede des Bürgermeisters gehört hat, zur Ordnung (-Stürmische Rufe bei der Minderheit: Rufen Sie auch den GR. Schleifer zur Ordnung, er hat die Minderheit Gesindel genannt! Andauernde Zwischenrufe und grosser Lärm. Vorsitz. Hofbauer erklärt, er werde sich das stenographische Protokoll vorlegen lassen, und falls ein solcher Zwischenruf gefallen sei, müsste er dem GR. Schleifer den Ordnungsruf erteilen (Andauernde stürmische Rufe bei der Minderheit: Er hat die Minderheit Gesindel genannt! Er soll gehen, wenn er nicht feig ist! GR. Schleifer: Ich habe Euch nicht Gesindel geheissen! Der Zimmerl hat gesagt, dass wir ein Gesindel sind! -Stürmische Rufe bei der Minderheit: Beigheit! Nehmen Sie zurück, was Sie gesagt haben. -Stürmische anhaltende Rufe zum Vorsitzenden: Rufen Sie den GR. Schleifer zur Ordnung. -GR. Kunschak: Er ist eines Ordnungsrufes gar nicht würdig. - (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

St. R. Weber bemerkt aus der Rede des GR. Kunschak könnte man entnehmen, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag um irgendeine dunkle Sache handelt. In Wirklichkeit handelt es sich um eine sehr einfache im Mietengesetz begründete Angelegenheit. Nach dem Mietengesetz kann ein Wohnhausbau auf einem verbauten Gelände nur hergestellt werden, wenn mehr Wohnungen errichtet werden als auf dem abgebrochenen Bau bisher bestanden haben und wenn hierfür Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Wenn GR. Kunschak von Versäumnissen der Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Wohnbaupolitik gesprochen hat, so muss er daran erinnert werden, dass anlässlich der Verhandlungen über das Mietengesetz ein schriftlicher Pakt abgeschlossen wurde, wonach die Wiener Landeshypothekenanstalt bewilligt werden müsse, dass auch ein Statut für diese Anstalt bereits im Juli vorigen Jahres ausgearbeitet war, dass aber die Regierung dieses Statut liegengelassen hat, wofür die Verantwortung die Mehrheit des Parlaments, zu der auch GR. Kunschak gehört, trifft. Wenn ein Fehler vorgelegen wäre, hätten die Faktoren der Regierung, mit denen wir derholt über die Angelegenheit gesprochen wurde, auf den Fehler aufmerksam machen müssen, statt dessen hat man aber alle Projekte und das Statut liegen gelassen. Das hat dazu geführt, dass 1600 Wohnungen im November und Dezember 1929 nicht haben gebaut werden können. Ganz unrichtig ist es, wenn Sie behaupten, dass wir mit unserem Wohnbauprogramm irgendwie in Verzug geraten sind. Das Gegenteil ist richtig. Alle die vom GR. Kunschak angeführten Objekte sind im Bau manche von ihnen schon ziemlich weit vorgeschritten, insgesamt sind rund 3260 Wohnungen im Bau. Heute haben wir die Nachricht erhalten, dass man von den 1600 Wohnungen die wir auf Grund der staatlichen Wohnbauförderung zur Bewilligung eingereicht haben, uns gnädigst 300 Wohnungen bewilligt worden sind. Wir haben uns also keinerlei Versäumnisses schuldig gemacht und die von mir angeführten Tatsachen zeigen, dass die Verantwortung auf die Partei des GR. Kunschak fällt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

BR. Pfeiffer (E.L.) erinnert daran, dass er sich schon anlässlich der Budgetdebatte dagegen gewendet habe, dass der Bürgermeister bei der Eröffnung der Wohnhausbauten als Parteipolitiker aufträte. Das hat der Bürgermeister auch bei der Eröffnung des Wohnhausbaues am Tage der Demonstration getan. Er hat damals die Demonstration auf der Ringstrasse einen Unsinn geheissen. Ganz unrichtig ist das, was heute der Bürgermeister über den Minister Srbik und das Deutschlandlied erzählt hat. Das Deutschlandlied wurde nicht nur vom Unterrichtsminister nicht verboten, im Gegenteil, bei Anordnung der Bundeshymne wurde gleichzeitig auch gesagt, dass selbstverständlich auch das Singen des Deutschlandliedes in den Schulen gestattet ist. Wir müssen es ablehnen, dass um der Bürgermeister mit einer grossmütigen Geste den Minister Srbik zum Geschenk macht. Minister Srbik war immer ein Nationaler und er gehört zu den grössten lebenden deutschen Historikern, was der Bürgermeister offenbar nicht weiss. Der Bürgermeister hat heute in seiner Rede gegen die Christlichsozialen sich bemüht, den Grossdeutschen entgegenzukommen. (Bürgermeister Seitz: Nein! Nein! Das ist ein Missverständnis.) Wir erklären mit allem Nachdruck, dass die beiden Grossdeutschen vollständig auf der Seite der Christlichsozialen stehen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.) - Bürgermeister Seitz: Gott sei dank! Gr. Pfeiffer stellt sodann gegenüber dem Bürgermeister fest, dass seine Parteiunzählige Male die Beseitigung des gegenwärtigen ungerechten Wahlrechtes verlangt habe und erklärt nochmals, die Art wie sich der Bürgermeister bei Wohnhausbauten benehme, müsse auf das entschiedenste bekämpft werden (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.).

GR. Dr. Hengl (E.L.) bemerkt, im Karl Marxhof und in anderen Wohnhausbauten finden sich in der Zinsliste eine Post "Hausfonds" die alle Parteien bezahlen müssen. Unter diesen Post werden zum Beispiel Fahnen angeschafft, Kränze und Bukets beim Ableben von Mietern gekauft und in den betreffenden Aufstellungen ist immer nur von "Genossen" die Rede. Er wendet sich dagegen, dass in städtischen Wohnhausbauten Räume für die Kinderfreunde zur Verfügung gestellt und dass von den Mietern ein Beitrag für den sogenannten Hausfonds eingehoben wird. (Beifall).

GR. Ellend (E.L.) erklärt, die Gemeinde hätte die Möglichkeit gehabt, den günstigen Winter für die Bautätigkeit auszunützen. Sie hat jedoch den Firmen, die sich bereiterklärt haben, auch im Winter zu arbeiten, dazu keine Möglichkeit gegeben. Er erklärt, dass die Gewerbetreibenden die Politik nicht in ihre Reihen gebracht haben. St. R. Breitner hat im Gemeinderat erklärt, dass die sozialdemokratischen Gewerbetreibenden einen Keil in das Gefüge der bürgerlichen Genossenschaften treiben werden. Wir wissen nun aus der heutigen Rede des Bürgermeisters, wie wir von ihm eingeschätzt werden. Er kritisiert sodann die Herausgabe der Zeitschrift "Die Wohnung" durch die Gemeinde und stellt an St. R. Weber die Anfrage, wer dafür das Geld bewilligt habe. In dieser Zeitung wird sogar für eine parteipolitische Institution Propaganda getrieben. Dieses Unterfangen müssen wir als Missbrauch der Amtsgewalt verzeichnen. Er erklärt zum Schluss, dass die Gewerbetreibenden auf das schärfste gegen ihre Behandlung durch die Gemeindeverwaltung protestieren und auch weiterhin protestieren werden. (Beifall).

Es geht gegen 12 Uhr, als GR. Zimmerl das Wort ergreift. Während er sich

von seinem Satz erhebt, entsteht bei der Mehrheit grosser Lärm. Nebst Pfuirufen wird ihm noch zugerufen: Renegat! Heimwehfaschist! Konjunkturpolitiker! Er erklärt, dass er die Mehrheit mit dem Ausdruck Gesindel nicht beschimpft habe. Die Berichterstattung über die betreffende Versammlung, in der er gesprochen habe ist auf einen Irrtum eines Redakteurs der christlichsozialen Nachrichtenstelle zurückzuführen. (Grosser Lärm) Ich habe die Sache sofort richtiggestellt und auch die Presse gebeten, die Richtigstellung zu bringen. (Rufe bei der Mehrheit: Zimmerl schiebt zurück!) Ich trete für jedes Wort ein, aber nur für das, was ich gesagt habe. Dass ich mich nicht scheue, dies zu tun, beweise ich Ihnen damit, dass ich die Aeusserungen einzelner Versammlungsredner, gegen Sie auch vor illegalen Mitteln nicht zurückzuschrecken, aufrechthalte. (Grosser Lärm. Die Sozialdemokraten rufen ihm zu: Das ist der Präsident des Wiener Landtages. Das sind die Antiterroristen! Wir fürchten uns nicht. Der Lärm hält minutenlang an, so dass der Redner nicht weitersprechen kann. GR. Zimmerl beendet seine Rede mit der Frage an die Mehrheit, ob die Sozialdemokraten an legale Mittel gedacht haben, als dem Schutzbund die Waffen ausgeliefert worden sind. (Beifall bei der Minderheit).

Nun spricht GR. Kunschak Er reflektiert zunächst auf die Aeusserungen des St. R. Weber über die Kreditgarantie bei den städtischen Wohnhausbauten und erklärt, dass das Baureferat Butter auf dem Kopf zu haben scheine, weil es den Gemeinderat schreit. St. R. Weber hat erklärt, dass bezüglich der Wohnbauförderung zwischen der Regierung und den Parteien ein Pakt geschlossen worden sei. Der Pakt wurde mit der Regierung Streeruwitz und nicht mit den Parteien geschlossen. Streeruwitz ist am 24. September zurückgetreten und ab 25. September haben wir es mit der Regierung Schober zu tun. (GR. Danneberg: Ihre Partei hat der Regierung verboten, den Pakt einzuhalten.) Ich untersuche nicht die Frage, ob eine nachfolgende Regierung verpflichtet ist, Verpflichtungen einer vorausgegangenen Regierung einzulösen. Ich für meinen Teil bin der Meinung, dass es in dieser Frage einen kategorischen Imperativ nicht geben kann. (St. R. Weber: Sie hätten als Wiener die Regierung zwingen müssen, die Vereinbarungen zu halten.) Ich bin der Meinung, dass die Regierung das Übereinkommen mit der vorangegangenen Regierung überprüfen und wenn nicht ernstliche grundsätzliche den Staatsinteressen widersprechende Vereinbarungen vorliegen, diese auch erfüllen soll. (Dr. Danneberg: Warum hat die Sache neun Monate gedauert!) Tatsächlich hat die Regierung ihr Versprechen eingelöst und das Statut der Landeshypothekenanstalt bewilligt. Die Landesregierung hat ohne Debatte einstimmig die gewünschten Statutenänderungen genehmigt und damit ist die Streitfrage erledigt. Der Bürgermeister meinte auch, die Bundeshymne sei ein christlichsoziales Lied, weil Kernstock ein Christlichsozialer war. Als dieses Lied, ein musikalisches Kleinod erdacht wurde, hat es noch keine christlichsoziale Partei gegeben (Lobhafte Zwischenrufe bei der Mehrheit, GR. Eisinger: Sie wollen wieder ein neues Kaiserlied! Sie wollen wieder einen Krieg. - Andauernde Zwischenrufe. - In dem Lärm macht GR. Eisinger einen Zwischenruf, der auf dem Berichterstatterort nicht verstanden wird. Auf diesen Zwischenruf erheben sich die christlichsozialen Gemeinderäte von den Sitzen und wenden sich mit erregten Rufen gegen den GR. Eisinger. Grosser Lärm im ganzen Haus. - Nachdem sich der Lärm gelegt hat setzt GR. Kunschak seine Ausführungen fort indem er bemerkt, Kernstocks Leier hat dem deutschen Volk geklungen, Kernstocks Lied hat dem deutschen Volk in Not und Bedrängnis das Geleit gegeben, Kernstock für eine Partei reklamieren zu wollen, wäre eine Anmassung sondergleichen (Lobhafter Beifall bei der E. L.) Bgm. Seitz Kernstock war ein Christlichsozialer. Er hat in Ihrer Partei gewirkt.) Sie sind in dem Parteigeist so eingekapselt, dass Sie es sich nicht vorstellen können, das deutsche Volk einen Genius hervorbringt, der über diesem erbärmlichen Parteigeist steht (Lobhafter Beifall und Händeklatschen bei der E. L.) Bgm. Seitz: Er mag ja über Ihnen gestanden sein! Aber er ist in Ihrer Partei gestanden. Es ist eine meiner stolzesten Erinnerungen, dass ich mich als n.ö. Landes schulreferent bemüht habe, Kernstock als deutschen Lehrer nach Wien zu bringen (Bgm. Seitz: Wenn er ein Deutschnationaler oder Sozialdemokrat gewesen wäre, hätten Sie ihn verrecken lassen! Erinnern Sie sich daran, wie sie den Gelohr Philippovich im n.ö. Landtag behandelt haben. - Lobhafte Zwischenrufe bei der E. L. Damals habe ich Kernstock kennen gelernt, er hat das glänzende Angebot ausgeschlagen und hat es vorgezogen für das deutsche Volk zu wirken und er ist als armer Mann mit der Leier in der Hand gestorben. Einem solchen Mann sollte auch ein sozialdemokratischer Bürgermeister Achtung bezugen (Bgm. Seitz: Zuerst reden Sie von dem ungeheuren Dichtergenius und dann streicht ihm der Herr Vaugoin eine Strophe.) Un wenn man sich darüber beklagt, dass diese Hymne zur Bundes hymne erklärt wurde, so kann dasselbe Recht, das Staatskanzler Renner für sich in Anspruch genommen hat, auch eine andere Regierung für sich in Anspruch nehmen. Man klagt auch darüber, dass in der Demonstration vom 6. April über den Gebrauch illegaler Mittel gesprochen worden ist. Ich habe den Gebrauch illegaler Mittel durch wem immer perhorresziert. Sie sind Verächter illegaler Gewalten nur wenn Sie Angst haben, dass sie sich gegen Sie richten (Lobhafter Beifall und Händeklatschen bei der E. L.) Jede Gewalt, auch wenn sie demokratisch ist, schützt nur dann vor Abwegen, wenn sie selbst legal bleibt. Der Kampf in Wien geht heute darum, dass Sie mit den illegalen Mitteln des Amtsmissbrauchs die Bevölkerung in die Verzweiflung treiben (Lobhafter Beifall und Hochrufe bei der E. L.) Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen. Der Dringlichkeitsantrag wird zurückgezogen. Schluss der Sitzung 1:15 Uhr früh.